

Dresdener Nachrichten

Wochenblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bestandtheil des Dresdener Nachrichten...
Preis 35000...
Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 13.

Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 13.
Preis 35000...
Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 13.

Nacht-Telegramme.

Frankreich. In der heutigen Kammer...
England. Im Oberhause...
Italien. Der Kaiser...
Österreich. Der Kaiser...

Deutschland. Der Kaiser...
Preußen. Der Kaiser...
Bayern. Der Kaiser...
Sachsen. Der Kaiser...

Polen. Der Kaiser...
Russland. Der Kaiser...
Frankreich. Der Kaiser...
England. Der Kaiser...

Nr. 150.

Politisches.

Es regnet Noten, Depeschen, diplomatische Enthüllungen über den preussischen Kirchenkonflikt. Die Regentropfen bilden kleine Bäche, die jeden Abend durch die Spalten der „Norddeutschen“ rauschen. Denn dieses freiwillig-gouvernementale Blatt, nicht der amtliche „Reichsanzeiger“, wird mit dem Vorzuge ausgezeichnet, zuerst jene interessantesten Staatschriften und Aktenstücke der preussischen Staatsmänner zum Abdruck zu bringen. Ueber die Verhandlungen zwischen der römischen Curie und der preussischen Regierung — Verhandlungen, die sich nun bald in das dritte Jahr schleppen — haben in den letzten Monaten Fürst Bismarck und seine diplomatische Gesandtschaft, der bairische Fürst Hohenzollern ein Langes und Breites geschickt mit dem preussischen Botschafter in Wien, dem Prinzen Reuß. Daß die Fürsten Bismarck und Hohenzollern ihre Noten nicht direkt nach dem päpstlichen Rom, wo doch auch das deutsche Reich eine noch dazu sehr kostspielige Botschaft unterhält, schicken, sondern sie Limoges und Auzonville in Wien nehmen lassen, könnte auf den ersten Anblick auffallen. Das Ungewöhnliche mindert sich aber, wenn man sich erinnert, daß das deutsche Reich seinen Botschafter (v. Reubell) in Rom nicht bei dem Papste, sondern nur beim König von Italien beglaubigt hat, wohl aber Fürst Bismarck mit dem päpstlichen Nuntius für Oesterreich, dem Cardinal Jacobini, im vorigen Hochsommer erst in Gastein, dann in Wien sehr lange Unterredungen pflog. Der deutsche Gesandte in Wien, Prinz Reuß, ist über den Stand der Frage und Bismarck's Willen aufs Genaueste unterrichtet, ebenso wie es Jacobini in Wien für den Papst ist. Wien giebt also den naturgemäßen Mittelpunkt, in dem die elektrischen Ströme von Berlin und Rom aufeinanderstoßen. Auch die neuesten diplomatischen Schriftstücke zeigen die Halsstarrigkeit der römischen Curie. Ihr Abdruck ist ebenfalls ausschließlich dazu bestimmt, die Bevölkerung zu überzeugen, wie weit Preußen ging, um den Kirchenkonflikt beizulegen. Speziell darf man in die Aufrichtigkeit dieses rühmlichen Strebens bei Sr. Maj. dem Könige von Preußen nicht den leisesten Zweifel setzen. Das landesväterliche Herz des Königs Wilhelm hat erkannt, daß die Schroffheit der Waagefehle die religiösen Gefühle der Millionen seiner katholischen Unterthanen peinlich berührt hat. Es drängt sein wohlwollendes Herz, Gesegensbestimmungen zu besorgen, kraft welcher die Seelsorge den katholischen Unterthanen von Staatswegen versorgt wird. Und so lebhaft ist dieses Verlangen, daß sich König Wilhelm entschlossen hat, weitgehende Zugeständnisse, selbst die Rückberufung und Wiedereinsetzung verbannter Bischöfe, zu machen, gleichviel, ob der Papst dafür irgend eine Gegenleistung bietet. Fürst Bismarck verkennt zwar auch die schwere Schädigung des religiösen Sinnes nicht, die aus den Waagefehlen folgte, als Politiker stehen ihm jedoch natürlich die politischen Ziele obenan. Die Waagefehle wendete er hauptsächlich als Kampfmittel gegen eine nach Millionen zählende Partei an; die theilweise diktionäre Auserkennung der Waagefehle hat die erste wichtige Zweck: das mächtige Centrum zur Regierungspartei zu machen oder zu sprengen. Das erstere Ziel hat er verfehlt; möglicher Weise erreicht er das zweite, vielleicht aber auch nicht. Das Centrum kann als politische, unabhängige, ja Oppositionspartei aus den jetzigen Kämpfen noch mehr gehärtet hervorgehen. Die nächsten Tage dürften hierüber Aufklärung verschaffen.

man die Verhafteten, wenn Rundgebungen strafbar, nicht vor den Richter stelle. Die Regierung sei streng gegen die Rechte, schon aber die Unfe. Clemenceau beantragt, der Tagesordnung sein Bedauern auszudrücken, daß die Regierung kein Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Pariser habe. Die Regierung verlangt die einstimmige Tagesordnung, welche die Kammer mit 309 gegen 31 Stimmen beschließt.

England. Der „Reichsanzeiger“ publiziert die Verhandlung der im Weimarproseß Verurtheilten und zwar Nikolajew zu 20jährige, Saburoff zu 15jähr., Krotkowsky zu 10jähr. Verurteilung.

Italien. Der Kaiser...
Österreich. Der Kaiser...
Preußen. Der Kaiser...
Bayern. Der Kaiser...
Sachsen. Der Kaiser...

man die Verhafteten, wenn Rundgebungen strafbar, nicht vor den Richter stelle. Die Regierung sei streng gegen die Rechte, schon aber die Unfe. Clemenceau beantragt, der Tagesordnung sein Bedauern auszudrücken, daß die Regierung kein Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Pariser habe. Die Regierung verlangt die einstimmige Tagesordnung, welche die Kammer mit 309 gegen 31 Stimmen beschließt.

England. Der „Reichsanzeiger“ publiziert die Verhandlung der im Weimarproseß Verurtheilten und zwar Nikolajew zu 20jährige, Saburoff zu 15jähr., Krotkowsky zu 10jähr. Verurteilung.

Italien. Der Kaiser...
Österreich. Der Kaiser...
Preußen. Der Kaiser...
Bayern. Der Kaiser...
Sachsen. Der Kaiser...

Neueste Telegramme der „Dresdener Nachrichten.“

Berlin, 28. Mai. Abgeordnetenhause. Vor nicht gefüllten Tribünen begann heute die erste Beratung der Kirchenverträge. Kultusminister v. Kautzmann: Die katholische Kirche müsse sich in den Rahmen staatlicher Ordnung einfügen; davon könne Brechen nicht ausbleiben. Der Staat habe die eminentesten Concessionen gemacht — die Antikrist war: non possumus. So hätten auch die Verhandlungen über diese Verträge ein negatives Resultat gefehlt. Nach Lage der Sache habe die Regierung eine Solidität zur facultativen Ausübung der Waagefehle für den einzigen Ausweg gehalten. Eine solche Solidität sei keineswegs etwas Unerhörtes, ein gleiches Verhältnis bestehe seit Jahren in Oesterreich. Mit dem durch die Verträge abgeleiteten, mit Ausnahme des Centrums, beifällig angenommenen Staatsministerial-Beschluß, welcher der päpstlichen Erklärung betr. der Angelegenheit der Einstellung der Geistlichen nur einen theoretischen Werth bewahrt, aber praktische Verthigung erbot, trat die Kirche ein. Die päpstliche Erklärung des Breve an Bischof Wieders habe dazu geführt. Danach sollte das letzte Urtheil über die zu Erneuernden seit den Bischöfen zusehen, in Streitfällen das oberste Haupt der Kirche zu entscheiden haben. Darauf konnte der Staat nicht eingehen. Für die Kirche liege die Sache leichter als für den Staat; für sie liege der Kampf um die Weltberherrschung. Sie könne ruhig zusehen, auch wenn ihre Angehörigen darüber vordringend in eine Nothlage gerieten. Der Staat könne ja auch ruhig zusehen, im Defensivzustand verharren; aber er habe eine schwere moralisch-patriotische Verantwortung gegenüber seinen katholischen Bürgern. Von 100 Bürgern hätten nur 4 eine geordnete Verwaltung, aber 1000 Parteien, der laute Hehl, sei verwaschen. Das dem so lie, daß die Kirche nicht die Regierung, sondern den anderen Theil die Schuld. Um aber ihrer moralischen Pflicht ganz zu entsprechen, schlage sie die Annahme der Verträge vor, als den einzig möglichen Weg. Die Regierung verlange von der Kirche keine Concessionen, sie erwarte nur eine weise Erwägung der vom Staate abotenen Mittel. Die Regierung gebe allerdings ihren eigenen Weg. Weder erläuterte endlich die einzelnen Punkte der Verträge, die dazu dienen sollen, dem kirchlichen Wohlstande ein Ende zu machen, die verwaschenen Parteien zu zerschlagen. Die Kirche habe wieder ihre Unfähigkeit zu zeigen, sich nach der Sachlage nach ändern. So umfasse die Dispositionen auch sind, wozu die Regierung die Zustimmung verlange — die Disposition von der Angelegenheit sei nicht beantragt. Die Regierung ermahnte die Verträge dem freilebenden Sinne aller Parteien. Sie wolle, daß der Frieden wiederkehre, den das Land dringend bedürfe. (Wabe.) Der erste Redner gegen die Verträge ist der frühere Kultusminister Dr. K. H. H. Er konstatiert zunächst, daß der Standpunkt des Ministerial-Beschlusses ganz veraltet sei, der früher vom Regierungskomitee aus kundgegeben worden. Die Verhandlungen, die sich an das päpstliche Breve knüpfen, seien völlig unrichtig abgelaufen — und nicht diese Verträge! Die Verträge scheine ihm in ihrem Inhalte weiter zu gehen, als sie hätte gehen sollen, wenn der Papst die veränderten That wirklich vollbracht hätte. Durch die Kundgebung könne man allen so viele Siege gewonnen, durch die Kundgebung sei man allen ein Ziel abzugewinnen. Das Ministerial-Beschluß für eine Verabstimmung der ausgewählten Bischöfe zu fordern

Berlin, 28. Mai. Abgeordnetenhause. Vor nicht gefüllten Tribünen begann heute die erste Beratung der Kirchenverträge. Kultusminister v. Kautzmann: Die katholische Kirche müsse sich in den Rahmen staatlicher Ordnung einfügen; davon könne Brechen nicht ausbleiben. Der Staat habe die eminentesten Concessionen gemacht — die Antikrist war: non possumus. So hätten auch die Verhandlungen über diese Verträge ein negatives Resultat gefehlt. Nach Lage der Sache habe die Regierung eine Solidität zur facultativen Ausübung der Waagefehle für den einzigen Ausweg gehalten. Eine solche Solidität sei keineswegs etwas Unerhörtes, ein gleiches Verhältnis bestehe seit Jahren in Oesterreich. Mit dem durch die Verträge abgeleiteten, mit Ausnahme des Centrums, beifällig angenommenen Staatsministerial-Beschluß, welcher der päpstlichen Erklärung betr. der Angelegenheit der Einstellung der Geistlichen nur einen theoretischen Werth bewahrt, aber praktische Verthigung erbot, trat die Kirche ein. Die päpstliche Erklärung des Breve an Bischof Wieders habe dazu geführt. Danach sollte das letzte Urtheil über die zu Erneuernden seit den Bischöfen zusehen, in Streitfällen das oberste Haupt der Kirche zu entscheiden haben. Darauf konnte der Staat nicht eingehen. Für die Kirche liege die Sache leichter als für den Staat; für sie liege der Kampf um die Weltberherrschung. Sie könne ruhig zusehen, auch wenn ihre Angehörigen darüber vordringend in eine Nothlage gerieten. Der Staat könne ja auch ruhig zusehen, im Defensivzustand verharren; aber er habe eine schwere moralisch-patriotische Verantwortung gegenüber seinen katholischen Bürgern. Von 100 Bürgern hätten nur 4 eine geordnete Verwaltung, aber 1000 Parteien, der laute Hehl, sei verwaschen. Das dem so lie, daß die Kirche nicht die Regierung, sondern den anderen Theil die Schuld. Um aber ihrer moralischen Pflicht ganz zu entsprechen, schlage sie die Annahme der Verträge vor, als den einzig möglichen Weg. Die Regierung verlange von der Kirche keine Concessionen, sie erwarte nur eine weise Erwägung der vom Staate abotenen Mittel. Die Regierung gebe allerdings ihren eigenen Weg. Weder erläuterte endlich die einzelnen Punkte der Verträge, die dazu dienen sollen, dem kirchlichen Wohlstande ein Ende zu machen, die verwaschenen Parteien zu zerschlagen. Die Kirche habe wieder ihre Unfähigkeit zu zeigen, sich nach der Sachlage nach ändern. So umfasse die Dispositionen auch sind, wozu die Regierung die Zustimmung verlange — die Disposition von der Angelegenheit sei nicht beantragt. Die Regierung ermahnte die Verträge dem freilebenden Sinne aller Parteien. Sie wolle, daß der Frieden wiederkehre, den das Land dringend bedürfe. (Wabe.) Der erste Redner gegen die Verträge ist der frühere Kultusminister Dr. K. H. H. Er konstatiert zunächst, daß der Standpunkt des Ministerial-Beschlusses ganz veraltet sei, der früher vom Regierungskomitee aus kundgegeben worden. Die Verhandlungen, die sich an das päpstliche Breve knüpfen, seien völlig unrichtig abgelaufen — und nicht diese Verträge! Die Verträge scheine ihm in ihrem Inhalte weiter zu gehen, als sie hätte gehen sollen, wenn der Papst die veränderten That wirklich vollbracht hätte. Durch die Kundgebung könne man allen so viele Siege gewonnen, durch die Kundgebung sei man allen ein Ziel abzugewinnen. Das Ministerial-Beschluß für eine Verabstimmung der ausgewählten Bischöfe zu fordern

man die Verhafteten, wenn Rundgebungen strafbar, nicht vor den Richter stelle. Die Regierung sei streng gegen die Rechte, schon aber die Unfe. Clemenceau beantragt, der Tagesordnung sein Bedauern auszudrücken, daß die Regierung kein Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Pariser habe. Die Regierung verlangt die einstimmige Tagesordnung, welche die Kammer mit 309 gegen 31 Stimmen beschließt.

England. Der „Reichsanzeiger“ publiziert die Verhandlung der im Weimarproseß Verurtheilten und zwar Nikolajew zu 20jährige, Saburoff zu 15jähr., Krotkowsky zu 10jähr. Verurteilung.

Italien. Der Kaiser...
Österreich. Der Kaiser...
Preußen. Der Kaiser...
Bayern. Der Kaiser...
Sachsen. Der Kaiser...

Lokales und Sächsisches.

Se. Majestät der Königin kam gestern von Dresden nach dem königl. Meißner Schloß in der Stadt, um die Verträge der beiden Staatsminister und Papstst. der katholischen Kirche entgegenzunehmen. Der Besuch Sr. Majestät am der Verabstimmung ist für heute 1 Uhr in Dresden durch den Kaiserlichen Gesandten nach Meißel, von wo sie nach mehrstädtigem Aufenthalt nach Pillnitz zu verlegen gedachten.

Die Herren Finanzminister Freiherr v. Adneritz und Kultusminister v. Kautzmann sind zu Ehrenbürgern von Zwickau ernannt worden.

Der Branddirektor Gotthard Wehland in Chemnitz hat wegen der von ihm bei dem Brande im Dübener Hofe am 19. März e. mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung dreier Menschen vom Verbrennen die goldene Lebensrettungs-Medaille erhalten; dem Comis Herrn Richard Solow ward wegen seiner Thätigkeit bei demselben Brande die silberne Lebensrettungs-Medaille verliehen.

Ungewöhnlich lange haben sich die Vorbereitungen zur Dresdener A. G. er mehler wahl hinaus. So langlich das Geheimnis im Wahlcomite geblieben wird, so bringt doch so viel in die Öffentlichkeit, daß es in dem Comite zu Auseinandersetzungen gekommen ist, deren scharfster Charakter alle frühere Parteilichkeit hat. Die Hauptströmung daran ist die Parteilichkeit, mit welcher die von dem in Dresden Restaurant bauenden Reichsvereine die Vorzugsrechte empfangenden national-liberalen Stadtverordneten immer wieder darauf zurückkommen, daß ein starker Verzicht zur Verwirklichung